

Satzung

über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Visbek



In der Fassung der 18. Änderungssatzung vom 12.12.2023

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 567) in der zurzeit gültigen Fassung, der §§ 1, 2, 3 und 5 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) in der Fassung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. S. 41) in der zurzeit gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Visbek in seiner Sitzung am 12.12.2023 folgende Satzung beschlossen.

§ 1

Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Visbek betreibt die Abwasserbeseitigung aus Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen und abflusslosen Gruben) als selbstständige öffentliche Einrichtung (dezentrale Abwasseranlage) nach Maßgabe der Satzung.
- (2) Für die Inanspruchnahme dieser Einrichtung erhebt die Gemeinde Abwassergebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2

Gebührenmaßstab

Die Abwassergebühr wird nach der Menge bemessen, die aus der Grundstückswasseranlage entnommen und abgefahren wird.

Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 cbm Fäkalschlamm.

§ 3

Gebührensatz

Die Abwassergebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

1. bei Abfuhr und Inanspruchnahme der Fäkalannahmestation (ohne Wartungsvertrag oder bedarfsgerecht) für:

Fäkalschlamm (mit Verschmutzungsgrad)	37,98 €/cbm
---------------------------------------	-------------
2. - aufgehoben -
3. bei Selbstanlieferung und Inanspruchnahme der Fäkalannahmestation

für Fäkalschlamm aus abflusslosen Sammelgruben (mit Verschmutzungsgrad)	20,82 €/cbm
--	-------------

§ 4 Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer: Wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt an dessen Stelle der Erbbauberechtigte des Grundstücks. Gebührenpflichtige sind außerdem Nießbraucher oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks Berechtigte. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.
- (2) Beim Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendervierteljahres auf den neuen Verpflichteten über. Wenn der bisherige Verpflichtete die Mitteilung hierüber (§ 8 Ziff. 1) versäumt, so haftet er für die Gebühren, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der Gemeinde entfallen, neben dem neuen Verpflichteten.

§ 5 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

Die Gebührenpflicht entsteht bei den bestehenden Grundstücksabwasseranlagen mit Beginn der dezentralen Entsorgung durch die Gemeinde und im Übrigen mit der Inbetriebnahme der Grundstücksabwasseranlage. Sie erlischt, sobald die Grundstücksabwasseranlage außer Betrieb genommen und dies der Gemeinde schriftlich mitgeteilt wird.

§ 6 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zur Gebühr erfolgt durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden sein kann.
- (2) Die Gebühr ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig.

§ 7 Auskunftspflicht

- (1) Die Gebührenpflichtigen und ihre Vertreter haben der Gemeinde jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung von Gebühren erforderlich ist.
- (2) Die Gemeinde kann an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Ziff. 1 zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen und in dem erforderlichen Umfang zu helfen. Insbesondere ist der ungehinderte Zugang zu allen auf dem Grundstück gelegenen Abwasseranlagen zu gewähren.

§ 8 Anzeigepflicht

- (1) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist der Gemeinde sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.
- (2) Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen, so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen. Die gleiche Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.

§ 9
Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen §§ 7 und 8 der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG.

§ 10
Inkrafttreten

Diese Abgabensatzung tritt mit Wirkung vom 01.01.1992 in Kraft.

Visbek, den 17.12.1991

(Wempe)
Bürgermeister

(Hilling)
Gemeindedirektor

1. Änderungssatzung

Die 1. Änderungssatzung vom 18.12.2001 ist am 01.01.2002 in Kraft getreten.

2. Änderungssatzung

Die 2. Änderungssatzung vom 23.05.2006 ist am 01.06.2006 in Kraft getreten.

3. Änderungssatzung

Die 3. Änderungssatzung vom 16.12.2008 ist am 01.01.2009 in Kraft getreten.

4. Änderungssatzung

Die 4. Änderungssatzung vom 26.11.2009 ist am 01.01.2010 in Kraft getreten.

5. Änderungssatzung

Die 5. Änderungssatzung vom 15.03.2011 ist am 01.01.2011 in Kraft getreten.

6. Änderungssatzung

Die 6. Änderungssatzung vom 28.02.2012 ist am 01.01.2012 in Kraft getreten.

7. Änderungssatzung

Die 7. Änderungssatzung vom 12.03.2013 ist am 01.01.2013 in Kraft getreten.

8. Änderungssatzung

Die 8. Änderungssatzung vom 17.12.2013 ist am 01.01.2014 in Kraft getreten.

9. Änderungssatzung

Die 9. Änderungssatzung vom 24.03.2015 ist am 01.01.2015 in Kraft getreten.

10. Änderungssatzung

Die 10. Änderungssatzung vom 08.03.2016 ist am 01.01.2016 in Kraft getreten.

11. Änderungssatzung

Die 11. Änderungssatzung vom 20.12.2016 ist am 01.01.2017 in Kraft getreten.

12. Änderungssatzung

Die 12. Änderungssatzung vom 12.12.2017 ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.

13. Änderungssatzung

Die 13. Änderungssatzung vom 18.12.2018 ist am 01.01.2019 in Kraft getreten.

14. Änderungssatzung

Die 14. Änderungssatzung vom 17.12.2019 ist am 01.01.2020 in Kraft getreten.

15. Änderungssatzung

Die 15. Änderungssatzung vom 15.12.2020 ist am 01.01.2021 in Kraft getreten.

16. Änderungssatzung

Die 16. Änderungssatzung vom 14.12.2021 ist am 01.01.2022 in Kraft getreten.

17. Änderungssatzung

Die 17. Änderungssatzung vom 13.12.2022 ist am 01.01.2023 in Kraft getreten.

18. Änderungssatzung

Die 18. Änderungssatzung vom 12.12.2023 ist am 01.01.2024 in Kraft getreten.